

Niederschrift
über die 19. öffentliche Sitzung des Beirates Obervieland
am Dienstag, den 13.04.2021 um 19.00 Uhr
im Rahmen einer Videokonferenz

Anwesende:

- Beiratsmitglieder: Herr Cürükkaya, Frau Dahnken, Herr Danisch, Herr Faber, Herr Fabian, Frau Hey, Frau Klaassen, Frau Kovač, Frau Loroff, Herr Markus, Herr Noll, Herr Nummensen, Herr Peters, Herr Sachs, Herr Seidel, Herr Stehmeier (ab 19:25 Uhr), Herr Steinmeyer, Herr Zeller
- Fehlend: Frau Becker (e)
- Gäste: Herr Rüßmann, Frau Ackermann-Redl (beide Direktion Klinikum Links der Weser), Herr Korte (Bürgermeister Gemeinde Stuhr), Herr Seidel (Bürgermeister Gemeinde Weyhe), Frau Wolpmann (Schulsozialarbeit Grundschule Alfred-Faust-Straße), Herr Dirks (Schulsozialarbeit Grundschule Stichnetstraße)
- Sitzungsleitung: Michael Radolla, Ortsamt Obervieland
- Protokoll: Theodor Dorer, Ortsamt Obervieland

Der Sitzungsleiter begrüßt die Anwesenden sowie die Zuschauer:innen im Livestream und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Der Sitzungsleiter schlägt vor, die Tagesordnung um eine (bereits im Vorwege der Sitzung seitens des Beiratssprechers eingebrachte) Beschlussbitte an die Beirätekonferenz zum Thema „Entwicklungsplan Recyclingstationen 2024“ zu ergänzen (neu TOP 6). Die Reihenfolge der nachfolgenden TOP ist entsprechend anzupassen.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit der o.g. Ergänzung genehmigt. (Einstimmige Zustimmung, 17 Ja-Stimmen)

TOP 2: Vorstellung neuer Schulsozialarbeiter:innen (Grundschulen Alfred-Faust-Straße/Stichnetstraße)

Frau Wolpmann und Herr Dirks stellen sich als neue Schulsozialarbeiter:innen der Grundschulen Alfred-Faust-Straße und Stichnetstraße vor.

Der Beiratssprecher begrüßt beide im Namen des Beirates in ihren jeweiligen Funktionen im Stadtteil. Er unterstreicht in diesem Zusammenhang zudem ausdrücklich positiv die Besetzung der Schulsozialarbeit mit jeweils einer eigenen Vollzeitstelle pro Schulstandort. Dies sei bereits in der Vergangenheit eine immer wiederkehrende Forderung des Beirates gewesen, die hier nun entsprechend umgesetzt worden sei.

TOP 3: Sanierungsbedingte Änderungen der Gesundheit Nord – Auswirkungen auf das Klinikum Links der Weser

dazu: Vertreter:innen der Direktion des Klinikums Links der Weser

Der Beiratssprecher kritisiert einleitend scharf, dass trotz rechtzeitiger Einladung kein Vertreter/keine Vertreterin des Gesundheitsressorts anwesend sei. Dies stelle eine Missachtung der Beiratsarbeit dar, die der Beirat auch entsprechend feststellen und dem Ressort übermitteln sollte.

Anschließend verliest er dazu einen Antrag und der Beirat fasst folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland empfindet es als Missachtung der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, dass trotz rechtzeitiger Einladung niemand aus dem Ressort an der heutigen Beiratssitzung teilnimmt. Es ist ebenso eine Missachtung aller Beschäftigten des Klinikums Links der Weser.

Der Beirat rügt dieses Verhalten entschieden.

Abstimmungsergebnis: Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Hey: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Noll: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Peters: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung: 17 Ja-Stimmen)

Im Weiteren erläutert Herr Rüssman dem Beirat den aktuellen Sachstand zu den geplanten Änderungen für die zukünftige Ausrichtung der medizinischen Versorgung am Standort Klinikum Links der Weser. Danach plane die Gesundheit Nord als Träger der vier kommunalen Bremer Klinika im Zuge von Rationalisierungen und zur Optimierung und Zentralisierung der medizinischen Versorgung, die Geburtshilfe, die Gynäkologie und die Level 3-Versorgung/Perinatalzentrum zum Jahresbeginn 2022 vom Klinikum Links der Weser an das Klinikum Bremen-Mitte zu verlagern. Dies bedeute für das Klinikum Links der Weser einerseits den Verlust von Beschäftigten und andererseits von medizinischer Kernkompetenz. Für die Bevölkerung in den Stadtteilen des Stadtbereichs Süd und in den Umlandgemeinden entfälle dadurch eine woh-nortnahe Versorgung in diesen medizinischen Disziplinen und es müssten zukünftig längere Anfahrtswege zu alternativen Standorten auf der anderen Weserseite in Kauf genommen werden.

Herr Korte und Herr Seidel betonen die Bedeutung des Standortes Klinikum Links der Weser für ihre Gemeinden mit zusammen rund 64.000 Einwohner:innen. Bislang gebe es in den Gemeinden keine eigenen Angebote im Bereich Geburtshilfe. Allerdings würden aktuell mit Neubauten in Delmenhorst und Twistringen Alternativen geschaffen, die künftig dann in Konkurrenz zum Standort Klinikum Links der Weser stünden. Eine Beteiligung der Umlandgemeinden zu den aktuellen Bremer Planungen habe bislang nicht stattgefunden.

In der anschließenden Diskussion wird aus dem Beirat insbesondere die Sorge geäußert, dass durch die anhaltende Verlagerung von medizinischen Kompetenzfeldern der Standort stark ausgedünnt werde und eine mittelfristige Schließung dann die logische Folge sei. Ein anderes Szenario könnte auch eine bewusste Konzentration auf die Kernkompetenzen Kardiologie und Angiologie hin zu einem anschließendem Verkauf des Klinikstandortes sein, um auf diesem Wege Sanierungsmittel für die übrigen Standorte der Gesundheit Nord zu generieren. Die Verkleinerung des Standortes Links der Weser führe parallel zudem dazu, dass sich die erforderlichen Investitionen für den Standort (z.B. Neubau eines Bettenhauses) entsprechend reduzieren könnten - und damit ein weiteres Argument für die geplanten Verlagerungen liefern.

Herr Rüssman bestätigt in diesem Zusammenhang, dass der Abbau von Kapazitäten tatsächlich in der Folge eine geringere Investitionserfordernis zur Folge hätte.

Aus dem Beirat wird gefragt, ob eine Verlagerung der Geburtshilfe (u.a. Anzahl Kreißsäle) den Anforderungen vor Ort gerecht werden könnte.

Die Vertreter:inne der Klinikdirektion erläutern, derzeit gebe es am Standort Links der Weser fünf Kreißsäle, für den Standort Bremen-Mitte werde im Zuge der Verlagerung ein sechster Saal ergänzend hinzugeplant. Diese Kapazität könne als insgesamt ausreichend bewertet werden.

Dies wird sowohl beiratsseitig als auch von den Umlandbürgermeistern in Frage gestellt, da die Kapazitäten bereits heute als nicht ausreichend eingeschätzt werden.

Aus dem Gremium wird auch auf die verkehrliche Situation zum Erreichen alternativer Klinikstandorte hingewiesen. Bis in das Frühjahr 2022 hinein werde sich noch der Ausbau der Habenhauser Brückenstraße hinziehen, anschließend folge dann der Bau des BA 2.2 der A 281 mit vermutlich erheblichen verkehrlichen Auswirkungen auf den gesamten Bremen Süden.

Insgesamt wird im Beirat deutlich für den Erhalt der bisherigen Angebote bei gleichzeitigem Ausbau in Bremen-Mitte plädiert. Auf diesem Wege könnte der gesamtstädtischen Versorgung sowie den verkehrlichen Erfordernissen gleichermaßen vollumfänglich Rechnung getragen werden.

Das Gesundheitsressort sollte zur Vorlage eines Gesamtkonzeptes, auch hinsichtlich möglicher Ausgleichs für Verlagerungen vom Standort Links der Weser zu anderen Standorten, aufgefordert werden. Mit dessen (möglichst zeitnaher Vorlage) sollte der Sachverhalt dann erneut im Beirat aufgegriffen werden.

Die Vertreter:innen der Klinikdirektion betonen abschließend, dass es am Standort Links der Weser in jedem Falle ein großes Interesse an einer Fortführung der Geburtshilfe gebe.

Anschließend verliert Frau Kovač einen Antrag der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt.

Herr Fabian schlägt vor, im ersten Absatz die Begrifflichkeiten "Geburtshilfe und Gynäkologie" um den Begriff "Level 3-Versorgung/Perinatalzentrum" zu ergänzen. Zudem sollte im zweiten Absatz benannt werden, dass die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auch in Personalunion Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesundheit Nord ist.

Diese Änderungsvorschläge werden seitens der Antragssteller für den Antrag übernommen.

Herr Sachs schlägt zudem vor, die Absätze 3 und 4 im Begründungsteil des Antrages, die sich auf aktuelle Baustellensituationen beziehen, zu streichen, da diese lediglich eine Momentaufnahme darstellten und langfristig keine Auswirkungen auf den eigentlichen Sachverhalt hätten.

Nach kurzer Diskussion schlägt Herr Fabian vor, dem dritten Absatz die Formulierung „Momentan kommt erschwerend hinzu...“ voranzustellen.

Die Antragsteller übernehmen diese Ergänzung und Herr Sachs zieht seinerseits seine zunächst vorgeschlagenen Streichungen zurück.

Anschließend fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat ist darüber informiert worden, dass bis Anfang 2022 die Geburtshilfe, die Gynäkologie und die Level 3-Versorgung/Perinatalzentrum vom Klinikum Links der Weser an das Klinikum Mitte verlagert werden sollen. Der Beirat ist irritiert darüber, erst über die Tageszeitungen zu erfahren, dass an den Plänen festgehalten werden soll. Dies, obwohl bekannt war, dass der Beirat zu diesem Thema eine öffentliche Beiratssitzung plant.

Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und in Personalunion Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesundheit Nord auf, die Geburtshilfe und die Gynäkologie am Klinikum Links der Weser zu belassen und die Pläne der Schließung bzw. Verlagerung nicht weiter zu verfolgen.

Zudem fordert der Beirat Obervieland, ihm ein Gesamtkonzept für den Standort Klinikum Links der Weser vorzulegen. Nach dem Eindruck des Beirates scheint es so, dass das Klinikum Links der Weser scheinbar zerschnitten wird, beginnend mit dem Wegfall der Kinderklinik. Der Beirat fragt in diesem Zusammenhang, welche Ausgleichsmaßnahmen hierfür angedacht sind.

Begründung:

In Obervieland und im gesamten Wohngebiet im Bremer Süden wären für ca. 64.500 Einwohnerinnen und ihre Angehörigen keine Geburtshilfe und keine gynäkologische wohnortnahe Versorgung mehr vorhanden.

In einigen Stadtteilen links der Weser entstehen Neubaugebiete für junge Familien und ältere Menschen. Sie werden eine gute nahe Geburtshilfe und Gynäkologie benötigen und auch erwarten.

Momentan kommt erschwerend hinzu, dass es in absehbarer Zeit in Obervieland über Jahre hinweg Großbaustellen geben wird, die die Weserquerung und die Wege zu den Weserquerungen behindern, z. B. durch den Anschluss an die A281, die Tunnelanierung Neuenlander Straße, die Zuwegung zur Carl-Carstens-Brücke und die Baustellenverkehre zu den Wohnungsbauten in den Neubaugebieten.

Hier erkennt der Beirat Obervieland für gebärende Frauen und ihren Angehörigen ein nicht zu akzeptierendes zeitliches Risiko zum Erreichen anderer Krankenhäuser. Es wird in diesen Jahren verstärkt Krankenwageneinsätze geben müssen, die die Möglichkeit haben, sich mit Blaulicht den Weg zu bahnen, allerdings auch um einiges teurer sein werden.

Der Beirat Obervieland erwartet, dass der Standort Links der Weser gestärkt und nicht, wie beabsichtigt, das Angebot reduziert wird. Immerhin ist das Klinikum Links der Weser der größte Arbeitgeber in Obervieland.

Abstimmungsergebnis: Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Hey: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Noll: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Peters: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung: 18 Ja-Stimmen)

TOP 4: Stellenbesetzungen am Polizeirevier Obervieland (Haushaltsantrag des Beirates)

Herr Markus erläutert einleitend, es habe Mitte März eine Konferenz der OAL und Beiratssprecher:innen des Bezirks Süd gegeben, auf der unter anderem die Themen „Personelle Ausstattung der Polizeireviere“ und, bezogen auf den folgenden TOP 5 der Tagesordnung, „Ausstattung der Beiratsmitglieder für die digitale Beiratsarbeit“ behandelt wurden. Hinsichtlich dieser beiden Sachverhalte wurde verabredet, dass die beteiligten Beiräte hierzu gleichlautende Haushaltsanträge beschließen sollten. Der Koordinierungsausschuss hatte dies im Zuge der Berichterstattung zu dieser Konferenz übereinstimmend unterstützt.

Anschließend stellt Herr Markus den Antrag vor und der Beirat fasst folgenden

Beschluss:

Haushaltsantrag:

Der Beirat Obervieland fordert den Senator für Inneres auf der Grundlage des §8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter auf, im Haushalt 2022/23 für die in der Koalitionsvereinbarung für die 20. Wahlperiode angestrebten mindestens 110 Kontaktpolizist:innen (KOP) ausreichende Mittel bereit zu stellen.

Ebenso wird beantragt, Mittel für mindestens 5 Verkehrssachbearbeiter:innen (Vs) für den Bereich der Kontaktpolizei Süd bereit zu stellen, damit in jedem Revier mindestens eine Vs als Ansprechpartner:in vor Ort zur Verfügung stehen kann.

Der Beirat Obervieland fordert zudem, Haushaltsmittel für den weiteren Ausbau der Verkehrsüberwachung bereit zu stellen.

Beschluss:

Der Beirat Obervieland bittet den Senator für Inneres um Überprüfung, ob angesichts der zunehmenden polizeilichen Aufgaben die Zielzahl von 2.900 Stellen perspektivisch angehoben werden muss.

Des Weiteren fordert der Beirat Obervieland den Senator für Inneres auf, aktuell unbesetzte Stellen bei den Kontaktpolizist:innen und den Verkehrssachbearbeiter:innen im Bereich der Kontaktpolizei Süd zeitnah wiederzubesetzen und auch künftig freiwerdende Stellen möglichst umgehend nach zu besetzen.

In diesem Zusammenhang fordert der Beirat Obervieland konkret, die unbesetzte KOP - Stelle für den Ortsteil Kattenturm unverzüglich nach Beteiligung aller entsprechenden Gremien wieder zu besetzen. Angesichts der Größe von Obervieland mit seinen über 36.000 Bewohner:innen und den vor allem im Verkehrsbereich anstehenden Themen (z.B. Bau BA 2.2 A281) ist dies aus Sicht des Beirats unbedingt erforderlich.

Begründung:

Die Polizeiarbeit vor Ort ist für alle Stadtteile von zentraler Bedeutung und für das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger wichtig. Dazu trägt insbesondere die Präsenz und vielfältige Arbeit der Kontaktpolizist:innen bei, ebenso die gute Vernetzung in den Stadtteilen. Zu Recht genießt diese Arbeit eine große Wertschätzung, auch überregional.

Ebenso ist es erforderlich, dass in den Revieren ortskundige Verkehrssachbearbeiter:innen als Ansprechpersonen vor Ort zur Verfügung stehen.

Die von den Revierleitungen wahrzunehmenden Aufgaben ergänzen die Arbeit der Kontaktpolizist:innen und Verkehrssachbearbeitungen und sind nicht in die Berechnung der KOP- und VS-Stellen einzubeziehen.

Die Notwendigkeit einer stärkeren Verkehrsüberwachung erfahren die Beiräte in ihrer täglichen Arbeit – und viele Bürger:innen fordern gegenüber den Beiräten und Ortsämtern eine deutliche Intensivierung.

Abstimmungsergebnis: Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Herr Fabian: Enthaltung, Frau Hey: Enthaltung, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Noll: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Peters: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung: 16 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 5: Ausstattung der Beiratsmitglieder für die digitale Beiratsarbeit (Haushaltsantrag des Beirates)

Herr Markus verweist auf die Erläuterungen zum vorangegangenen TOP und stellt einen vorbereiteten Antrag vor.

Aus dem Gremium wird vorgeschlagen, den Begriff „Tablets“ durch „Endgeräte“ zu ersetzen und den Beschluss text um die Formulierung „...entsprechende Netzzugänge (falls nicht vorhanden) und die medienbruchfreie Bereitstellung der für die Beiratsarbeit relevanten Unterlagen vorzusehen“ zu ergänzen.

Hinsichtlich dieser vorgeschlagenen Änderungen wird übereinstimmend Zustimmung signalisiert und der Beirat fasst folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland fordert die Senatskanzlei auf der Grundlage des §8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter auf, im Haushalt 2022/23 ausreichend Mittel für eine angemessene technische Ausstattung der Beiräte und Ortsämter (insbesondere Einrichtung eines zentralen Verwaltungsportals zur Zusammenführung von Streaming-Angeboten der Beirats- und Fachausschusssitzungen aller Beiräte und Ausstattung aller Beiratsmitglieder (und ggf. Sachkundigen Bürger:innen) mit Endgeräten (zur Leihe für die jeweilige Amtszeit)), entsprechende Netzzugänge (falls nicht vorhanden) und die medienbruchfreie Bereitstellung der für die Beiratsarbeit relevanten Unterlagen vorzusehen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie hat insbesondere im Bereich der Verwaltung einen großen Nachholbedarf im Bereich des digitalen Arbeitens erkennen lassen und hat in diesem Zusammenhang auch erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Beiräte.

So finden bereits seit Monaten Beirats- und Fachausschusssitzungen in nahezu allen Stadtteilen ausnahmslos im Rahmen von Videokonferenzen statt, die dann für die interessierte Öffentlichkeit parallel als Livestream angeboten werden. In der Regel muss hier für die Übertragung aber mangels Alternativen auf Portale zurückgegriffen werden, die zwingend eine Anmeldung erfordern, um alle angebotenen Funktionen entsprechend nutzen zu können.

Auf der anderen Seite haben die Beiräte auf diesem Wege aber auch neue Gruppen (z.B. mobilitätseingeschränkte Personen) im Zusammenhang mit der Beiratsarbeit erreichen können. Daher sollte das Angebot in jedem Fall auch im Anschluss an die Pandemie, allerdings unter Zusammenführung aller städtischen Angebote in diesem Bereich, fortgeführt werden.

Allerdings müssen im gleichen Zuge auch in den und für die Gremien die Voraussetzungen für eine barrierefreie digitale Teilhabe an der Beiratsarbeit geschaffen werden. Neben den zusätzlichen Anforderungen im Rahmen der Pandemie zur Sitzungsteilnahme findet mittlerweile auch die Kommunikation zwischen Ortsamt und Beiratsmitgliedern/Sachkundigen Bürger:innen praktisch ausnahmslos auf digitalem Wege statt.

Daher ist es aus Sicht des Beirates Obervieland dringend geboten, die Beiräte insgesamt durch die o.g. Ausstattungen in die Lage zu versetzen, den Anforderungen im Rahmen der digitalen Beiratsarbeit angemessen entsprechen zu können.

Abstimmungsergebnis: Herr Cürückkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Hey: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Noll: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Peters: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung: 18 Ja-Stimmen)

TOP 6: Entwicklungsplan Recyclingstationen 2024

Der Beiratssprecher erklärt, es hätten bereits einige Beiräte das Sprechergremium der Beirätekonferenz auf eine mögliche Beschlussfassung des Gremiums zum „Entwicklungsplan Recyclingstationen 2024“ als Ergänzung zu den bereits dazu gefassten Einzelbeschlüssen der Beiräte angesprochen. Um hier tätig werden zu können, müssten jedoch zunächst mindestens drei Beiräte eine dahingehende Beschlussbitte an die Beirätekonferenz herantragen. Die nächste Sitzung der Beirätekonferenz sei nach derzeitigem Stand bereits für Ende April geplant.

Anschließend stellt der Beiratssprecher einen vorbereiteten Antrag vor.

Frau Hey schlägt vor, den Unterpunkt 4) zu streichen, da die dort dargestellte Formulierung Beschäftigung über den Niedriglohnsektor zu einem Standard im Bereich der Recyclingstationen erhebe. Dies sollten in diesem Zusammenhang aber keinsfalls suggeriert werden.

Der Beiratssprecher schlägt daraufhin vor, im Unterpunkt 4) lediglich den ersten Satz „Ein Entwicklungsplan für die Bremer Recyclingstationen muss weiterhin mit Maßnahmen aus der Arbeitsmarktpolitik sinnvoll flankiert werden“ stehen zu lassen.

Hinsichtlich dieser vorgeschlagenen Anpassung wird übereinstimmend Zustimmung signalisiert und der Beirat fasst folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland bittet die Beirätekonferenz einen Beschluss zu fassen, dass die Pläne der DBS zum Entwicklungsplan der Recyclingstationen 2024 gestoppt werden und folgende Punkte gemeinsam, vor allem mit den betroffenen Beiräten, neu diskutiert werden. Kern der Diskussion sollte sein:

1. Die Öffnungszeiten der Recyclingstationen müssen einer Berufstätigkeit der Nutzer*innen Rechnung tragen. Die Schließung der Stationen über Monate lehnen wir kategorisch ab. Wir setzen uns für eine ganzjährige Öffnung der Recyclingstationen ein. Die täglichen Öffnungszeiten sollen auch künftig mindestens dem Standard der derzeitigen Öffnungszeiten entsprechen. Besonders der Samstag muss bürgerfreundlicher und lebensnah gestaltet werden. Eine Öffnung bis 20.00 Uhr ist daher für bestimmte Standorte eine sinnvolle Ergänzung.

2. Es muss ein flächendeckendes Angebot für ganz Bremen geschaffen werden, welches eine wortortnahe Abgabe der Abfälle und gleichzeitig Ausgewogenheit zwischen den Stationen gewährleistet. Hochmoderne Anlagen dürfen nicht zu Lasten von Anlagen mit kleinerem Angebot geplant werden. Auch kleinere Stationen müssen die Entsorgungsbedarfe im Stadtteil abdecken.

3. Das Netzwerk an Stationen muss sich an den bestehenden Anlagen orientieren und hieraus Bedarfe ableiten. Es ist zu prüfen, ob nach einem Jahr ein Monitoring der abgegebenen Müllmengen sinnvoll ist, um künftigen Bedarfen Rechnung zu tragen. Es ist jedoch in jedem Fall zu berücksichtigen, dass das Modernisierungskonzept durch ein ausgereiftes Verkehrskonzept flankiert wird, um Verkehrsüberlastungen zu verhindern. Es besteht die berechtigte Sorge, dass sich bei dem derzeit vorgesehenen Konzept die Verkehrssituation im Umkreis der „großen Stationen“ weiter zuspitzt.

4. Ein Entwicklungsplan für die Bremer Recyclingstationen muss weiterhin mit Maßnahmen aus der Arbeitsmarktpolitik sinnvoll flankiert werden.

Abstimmungsergebnis: Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Hey: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Noll: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Peters: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung: 18 Ja-Stimmen)

TOP 7: Maßnahmen zur Finanzierung/Umsetzung aus dem Stadtteilbudget des Beirates bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau/SKUMS (Beschlussfassung)

Der Umweltbetrieb Bremen hatte im Rahmen der Planung zur Umgestaltung des Cato-Bontjes-van-Beek-Platzes Zuschuss für die Erneuerung der Bankstandorte eine Finanzierungsbeteiligung des Beirates über 5.000,00 € aus seinem Stadtteilbudget angefragt.

Beschluss:

Der Beirat stimmt der Maßnahme zu.

Abstimmungsergebnis: Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Hey: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Noll: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Peters: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung: 18 Ja-Stimmen)

TOP 8: Globalmittelantrag

BREBAU GmbH, Urban Gardening in Obervieland, Antragssumme: 2.250,00 €, Beschlussempfehlung Fachausschuss Bau und Umwelt: 2.250,00 €.

Der Sitzungsleiter teilt mit, der Antragsteller habe mittlerweile auf die Bitte der Fachausschussmitglieder aus der Sitzung vom 25.03.2021 hin mögliche weitere Standorte geprüft und im Ergebnis nun einen zusätzlichen (Stadtteilhaus Kattenesch) vorgesehen. Dafür sei die Antragssumme neu auf 3.000,00 € erhöht worden.

Beschluss:

Der Beirat Obervieland bewilligt 3.000,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2021

Abstimmungsergebnis: Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Hey: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Noll: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Peters: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung: 18 Ja-Stimmen)

TOP 9: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten (über Chat-Funktion)

Keine Vorabübermittlungen an office@oaobervieland.bremen.de und keine Beiträge im Chat des Livestreams.

TOP 10: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

26.04.2021: Projektgruppe Cato-Bontjes-van-Beek Platz (Teilnahme in der Sitzungskonferenz möglich)

29.04.2021: Fachausschuss Verkehr

11.05.2021: Beiratssitzung

Die Sitzung endet um 21:25 Uhr.

Sitzungsleitung
gez. Radolla

Beiratssprecher
gez. Markus

Protokoll
gez. Dorer